Das Tarifsekretariat berichtet

IV

Stuttgart, 18.01.1995
Nr. 04/95

Länder -Angestellte - Wissenschaftliche Hilfskräfte und studentisch Beschäftigte

Tarifgespräch brachte kein Ergebnis !

Am 17. Januar 1995 fand in Bonn ein Tarifgespräch über die Arbeitsbedingungen der wissenschaftlichen „Hilfskräfte“ und der studentischen Beschäftigten mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in Bonn statt.

Im November 1992 einigten sich die Tarifkommission der Gewerkschaften ÖTV und GEW mit der Verhandlungskommission der TdL auf einen Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der wissenschaftlichen „Hilfskräfte“ und der studentischen Beschäftigten („TS berichtet“ Nr. 89/92 vom 27.11.1992). Es wurde eine Erklärungsfrist vereinbart, die auf Wunsch der Arbeitgeber zweimal bis zum 31. März 1993 verlängert wurde. Die Mitgliederversammlung der TdL hat den Tarifvertrag nicht gebilligt („TS berichtet“ Nr. 32/93 vom 01.04.1993). Am 08.07.1993 fand ein gegenseitiges Informationsgespräch über die eingetretene Situation und mögliche Lösungsmöglichkeiten statt. Die Arbeitgeber wollten nach internen Beratungen weitere Gespräche mit den Gewerkschaften ÖTV und GEW führen. Nachdem längere Zeit nichts mehr von der TdL zu hören war, hat die ÖTV in den Redaktionsverhandlungen zur Tarifrunde '94 die Aufnahme von Gesprächen gefordert und den Termin durchgesetzt.

Im Gespräch am 17.01.1995 hat die ÖTV/GEW-Tarifkommission erklärt, daß der Tarifvertrag von 1992 ein Kompromiß gewesen ist, bei dem die Gewerkschaften sehr viele Abstriche von ihren Forderungen machen mußten. Bei den Arbeitsbedingungen wurden auf der Grundlage der unterschiedlichen Positionen Regelungen gefunden, die beide Verhandlungskommissionen akzeptiert haben. Deshalb sollte an den Regelungen über die Arbeitsbedingungen nichts mehr geändert werden. In der Diskussion über den Tarifvertrag gab es dazu auch wenig kritische Stimmen.

Im wesentlichen wurde die Höhe der Vergütungen und die unterschiedliche Bezahlung an der Universitäten und Fachhochschulen kritisiert. Bei dieser Diskussion ging es fast ausschließlich um die Höhe der Vergütungen für die studentischen Beschäftigten. Eine Vielzahl von Universitäten hat sich in der Bezahlung der beschäftigten Studierenden nicht an den Arbeitgeber-Richtlinien orientiert, so daß der Tarifvertrag zu einer erheblichen Steigerung bei den Vergütungen geführt hätte.

Für die studentischen Beschäftigten an Universitäten wurden als Vergütung zwei Drittel der Vergütung von „Hilfskräften“ mit Abschluß vereinbart. Diese Ankoppelung sollte ebenfalls erhalten bleiben.

Zwischenzeitlich wurden für 1993 und 1994 im öffentlichen Dienst Vergütungserhöhungen vereinbart. Es wäre eine Vereinbarung auf der Grundlage der 1992 vereinbarten Beträge möglich, wenn bis zum Jahr 2000 stufenweise der Betrag erhöht wird bis er wieder zwei Drittel der dynamisierten Vergütungen für die „Hilfskräfte“ mit Abschluß entspricht.

Die Anzahl der studentischen Beschäftigten an den Fachhochschulen ist verhältnismäßig gering, so daß für diese Beschäftigten die dynamisierten Beträge (Stand 1992 und die Erhöhungen von 1993 und 1994) vereinbart werden sollten.

Die Arbeitgeber begrüßten, daß in dem Gespräch direkt die Knackpunkte behandelt werden können. Aus ihrer Sicht wäre die Entlohnung ein wesentlicher Punkt, aber auch über § 6 Abs. 2 (Kinderzuschlag) und § 7 Abs. 2 (Sterbegeld) des Tarifvertrages von 1992 müsse gesprochen werden.

Die Arbeitgeber schlugen als neu zu vereinbarende Sätze folgendes vor:

1.) An Universitäten

- a) mit Abschluß 24,83 DM
- b) ohne Abschluß
 - bis 5. Semester 10,92 DM
 - ab 6. Semester 15,68 DM

2.) An Fachhochschulen

- a) mit Abschluß 18,82 DM
- b) ohne Abschluß 10,92 DM

Die ÖTV/GEW-Tarifkommission hat den Vorschlag der Arbeitgeber zurückgewiesen, da er zu erheblichen Verschlechterungen führen wird. Die vorgeschlagenen Vergütungen entsprechen den derzeit geltenden Richtlinien der TdL. Bei diesen Vergütungen ist die Zuwendung nicht eingerechnet. Sie wird in einer Reihe von Ländern zusätzlich zur Vergütung noch gezahlt. Bei den „Hilfskräften“ mit Abschluß ist eine Absenkung der Bezahlung überhaupt nicht akzeptabel. Die Aufspaltung der Vergütung bei den Studierenden nach Semestern ist ebenfalls keine Lösung. Es wäre denkbar, daß Studierende die gleiche Tätigkeit ausüben und wegen der unterschiedlichen Anzahl der zurückgelegten Semester wesentlich weniger Stundenvergütung erhalten.

Damit wird auch nicht die Angleichung der Bezahlung für Studierende an Universitäten und Fachhochschulen erreicht. Es ist ein reines Absenken der Vergütungen für studierende Beschäftigte in den ersten Semestern. Die 1992 vereinbarte Berechnungsgrundlage für die Vergütungen wäre hinfällig.

Die Tarifkommission der ÖTV und GEW erklärte sich bereit, den Berechnungssatz für die Vergütungen der studentischen Beschäftigten an Universitäten von zwei Dritteln auf 65 % zu reduzieren und eine Vergütung von 17,50 DM pro Stunde mit den Angleichungsschritten bis zum Jahr 2000 zu vereinbaren.

Die Arbeitgeber schlugen in einer weiteren Gesprächsrunde folgendes vor:

Bei der Vergütung der wissenschaftlichen „Hilfskräfte“ mit Abschluß soll die Grundlage A 13 bzw. A 10 bleiben. Es sollen jedoch die Beträge von 1992 - inklusive der Zuwendung - vereinbart werden. Diese werden entsprechend den Ergebnissen in den künftigen Tarifrunden für den öffentlichen Dienst angehoben.

Für die studentischen Beschäftigten an Universitäten sollen 11,88 DM bis zum 5. Semester und ab dem 6. Semester 16,14 DM gewollt werden. An den Fachhochschulen sollen studierende Beschäftigte ebenfalls 11,88 DM pro Stunde erhalten.

Es sei aus ihrer Sicht nötig, noch über das Sterbegeld und den Kinderzuschlag zu sprechen. Bei einer Einigung seien sie bereit, eine Verhandlungszusage für die neuen Länder zu geben.

Von der ÖTV/GEW-Tarifkommission wurde der Vorschlag zur Bezahlung der studentischen Beschäftigten als zu niedrig zurückgewiesen. Auf der Grundlage der TdL-Richtlinien unter Hinzurechnung der Zuwendung wäre eine Vergütung in Höhe von 16,99 DM an den Universitäten zu zahlen. Die vorgeschlagene Stundenvergütung an den Fachhochschulen liegt weit unterhalb der Stundenvergütung der niedrigsten Vergütungsgruppe des BAT. Die Vergütung ab dem 6. Semester an Universitäten liegt unterhalb der zweitniedrigsten Stundenvergütung (IXb BAT) der Angestellten im öffentlichen Dienst.

Die Tarifkommission der ÖTV und der GEW schlug zur Angleichung der Bezahlung an Universitäten und Fachhochschulen vor, daß an den Universitäten 17,50 DM und an den Fachhochschulen 13,20 DM vereinbart werden. Bei künftigen Steigerungen aufgrund der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst soll die Vergütung an den Universitäten nur um 80 % des Erhöhungssatzes und an den Fachhochschulen um 120 % des Erhöhungssatzes angehoben werden bis eine identische Vergütung erreicht ist. Die Vergütungen werden dadurch langfristig nivelliert. Da die große Zahl der studentischen Beschäftigten an den Universitäten tätig sind, ergebe sich in den kommenden Tarifrunden eine beachtliche Einsparung für die Länder.

Die Höhe der Bezahlung für die wissenschaftlichen „Hilfskräfte“ mit Abschluß ist für die Gewerkschaft ein sensibles Thema. Diese Beschäftigtengruppe darf nicht durch niedrige Vergütungen zur Konkurrenz für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter werden, die unter den BAT fallen.

Auch auf der Grundlage des neuen Vorschlags der ÖTV/GEW-Tarifkommission der ÖTV und GEW konnte keine weitere Annäherung erreicht werden.

Die Arbeitgeber werden unseren letzten Vorschlag der Mitgliederversammlung der TdL unterbreiten. Die Mitgliederversammlung, die voraussichtlich im März 1995 stattfindet, wird darüber entscheiden, ob sie auf der Grundlage unseres Vorschlages bereit sind, Tarifverhandlungen aufzunehmen.